

Kulturkampf – was ist das überhaupt? Und wer kämpfte da gegen wen?

Häufig kann man in den Medien von einem neuen „Kulturkampf“ lesen. Mal geht es um die Frage, ob der Religionsunterricht in der Schule Pflicht sein soll oder ob es muslimischen Lehrerinnen erlaubt sein soll, im Unterricht das Kopftuch zu tragen. Doch was hat das alles mit dem Kaiserreich und mit Bismarck zu tun?

Der Hintergrund

Anders als heute waren Ende des 19. Jahrhunderts noch fast alle Deutschen Mitglied einer Kirche (98%). Es war sehr wichtig, ob jemand katholisch oder evangelisch war. Ehen zwischen Katholiken und Protestanten waren fast ein Skandal und Angehörige der einen Konfession (von lat. confessio = Bekenntnis) begegneten Angehörigen der anderen Konfession oft mit Misstrauen. Im Kaiserreich waren ungefähr 62 % der Bevölkerung evangelisch, 36 % katholisch. Die Katholiken waren also eine Minderheit und fürchteten, benachteiligt zu werden. Seit 1870 gab es eine katholische Partei, das Zentrum. Die Wähler des Zentrums kamen aus allen Gesellschaftsschichten: vom einfachen Arbeiter bis zum reichen Fabrikbesitzer. Sie alle verband der katholische Glaube – und die Treue zum Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche. Bei der ersten Reichstagswahl 1871 erreichte das Zentrum 18,6 % der Stimmen und wurde zur zweitstärksten Partei im Parlament hinter den Konservativen.

Sind die Katholiken „Reichsfeinde“?

Bismarck sah diese Entwicklung mit Sorge. Für die Anhänger des Zentrums galt im Zweifelsfall das Wort des Papstes in Rom mehr als das des protestantischen Kaisers. Standen sie wirklich loyal, das heißt, in absoluter Treue zum deutschen Staat? Oder könnte das Zentrum vielleicht zu einem Sammelbecken für Unzufriedene und zu einer Gefahr für die Herrschaft Bismarcks werden?

Bismarck mit den Liberalen gegen den Papst

Im Kampf gegen das Zentrum und den Einfluss des Papstes auf die Politik verbündete sich Bismarck mit den Liberalen. Die Anhänger des Liberalismus traten für eine Trennung von Kirche und Staat ein. Sie wollten Religion zur Privatsache machen und einen freiheitlichen, säkularen Staat, in dem jeder auf seine Art und Weise „selig werden“ konnte. Die Liberalen waren empört, als Papst Pius IX. 1864 liberale Grundüberzeugungen wie Volkssouveränität (alle Gewalt geht vom Volke aus), Glaubens- und Pressefreiheit und die Trennung von Kirche und Staat scharf verurteilte. Für Bismarck war dieser Streit um weltanschauliche Überzeugungen nicht so wichtig. Und die Presse- und Meinungsfreiheit endete für ihn dort, wo er die Interessen des Staates in Gefahr sah. Doch als Papst Pius IX. 1870 das „Unfehlbarkeitsdogma“ verkündete, das besagte, der Papst könne keine Fehler machen, war für Bismarck der Zeitpunkt zum Handeln gekommen.

Maßnahmen Bismarcks

Der Kulturkampf begann mit dem „Kanzelparagrafen“: 1871 wurde Geistlichen verboten, in ihrer Predigt über politische Dinge „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ zu sprechen. Wer in Verdacht stand, in seiner Predigt unerwünschte politische Aussagen zu machen, konnte verhaftet werden. Ein Jahr später wurden in Preußen alle Schulen unter die Aufsicht des Staates gestellt. Bisher war für die Grundschulen die Kirche zuständig. Die „Maigesetze“ von 1873 stellten die Ausbildung und die Einstellung von Geistlichen unter staatliche Kontrolle. 1874 wurde ein Gesetz erlassen, das es der Regierung erlaubte, Geistlichen ihren Aufenthaltsort vorzuschreiben oder sie des Landes zu verweisen („Expatriierungsgesetz“). 1875 wurden alle Geldzuwendungen vom Staat an die Kirche gestrichen („Brotkorbgesetz“). Außerdem mussten Ehen nun auf dem Standesamt geschlossen werden (Zivilehe). Vorher galten auch Paare als verheiratet, die nur kirchlich heirateten.

Die Folgen

Diese Gesetze führten dazu, dass allein in Preußen 1875 ein Viertel aller Pfarrstellen nicht besetzt waren, weil die Pfarrer entweder im Gefängnis saßen oder das Land verlassen mussten. Die Bevölkerung stand oft treu hinter ihrem Pfarrer, der damals eine wichtige Funktion in einer Gemeinde hatte. Er war Seelsorger, Streitschlichter, Ratgeber. Wurde nun ein Pfarrer aufgrund des Kanzelparagrafen verhaftet, begleitete ihn die Bevölkerung oft bis vor das Gefängnistor. Die Katholiken sahen sich durch die Kulturkampfgesetze bestätigt in ihrer Angst vor Benachteiligung und der Einschränkung der Religionsfreiheit. Selbst einigen Liberalen war nicht ganz wohl dabei, als sie im Reichstag für den Kanzelparagrafen stimmten. Das Zentrum erreichte 1874, bei den ersten Reichstagswahlen nach Verabschiedung der Kulturkampfgesetze, fast 28 % der Stimmen. Bismarck nahm bis auf die Zivilehe und die staatliche Schulaufsicht fast alle diese Gesetze nach 1878 zurück.

Text: Ulrike Weiß

Aufgaben

1. Im Text erfährst du, worum es beim Kulturkampf ging. Lies den Text genau durch und unterstreiche mit unterschiedlichen Farben:
 - Welche Personen/Parteien waren beteiligt?
 - Was waren ihre Interessen/Motive?
 - Welche Maßnahmen ergriff Bismarck gegen die Kirche?
2. Suche dir dann einen Partner und ergänzt gemeinsam auf dem Arbeitsblatt in Stichworten die fehlenden Informationen.
3. Welche Folgen hatte der Kulturkampf? Füllt die Tabelle aus.

Freiwillige Zusatzaufgabe:

Recherchiere im Internet: Was sagt das Grundgesetz über Religion bzw. das Verhältnis von Kirche und Staat? Schau im Grundgesetz nach und notiere die passenden Artikel. Wären Bismarcks Kulturkampfgesetze mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen?



Tipp: Das Grundgesetz findest du auf den Seiten des Bundestags www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/index.html; schau bei den Grundrechten nach.

Der „Kulturkampf“ – die Gegenspieler

Der „Kulturkampf“

Die Gegner



Interesse / Motivation

© Bundesarchiv, CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5368498>



Interesse / Motivation

© Disderi - [1], Bild-PD-alt, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=2874953>

Die _____ Partei

Interesse / Motivation

Das

Interesse / Motivation

Die längerfristigen Auswirkungen des „Kulturkampfes“

	Vor den Kulturkampfgesetzen	Nach den Kulturkampfgesetzen
Schulaufsicht		
Ausbildung und Einstellung von Geistlichen		
Eheschließung		

Der Kulturkampf (Lösungen)

Der „Kulturkampf“

Die Gegner

Otto von Bismarck und die Liberalen

Interesse / Motivation

Will seine Herrschaft und die Autorität des Staates sichern; fürchtet ein „Mitregieren“ des Papstes; will absolute Loyalität (Treue) der Katholiken zum Staat.

Die Liberale Partei

Interesse / Motivation

Sehen durch das Unfehlbarkeitsdogma und die politischen Vorstellungen des Papstes ihre Grundüberzeugungen verletzt; wollen den Einfluss der Kirche auf den Staat zurückdrängen, Religion soll Privatsache sein.

Papst Pius IX. und das Zentrum

Interesse / Motivation

Möchte sich keiner staatlichen Autorität unterordnen; möchte die gläubigen Katholiken an sich binden.

Das Zentrum

Interesse / Motivation

Fürchtet Benachteiligungen als Minderheit im protestantischen Kaiserreich; möchte Religionsfreiheit ohne Einschränkung; sieht sich als Vertretung der Interessen aller Katholiken.

Das Ergebnis: Wer ging als Sieger aus dem Kulturkampf hervor? (Begründe deine Meinung)

Als Ergebnis der Kulturkampfgesetze gewann das Zentrum viele Wählerstimmen bei den Reichstagswahlen hinzu. Bismarck hatte damit das Gegenteil von dem erreicht, was er wollte: Die Schwächung der Katholiken und ihrer politischen Vertretung im Reich. Daher kann man Bismarck als Verlierer des Kulturkampfes bezeichnen.

Längerfristige Auswirkungen des Kulturkampfes

	Vor den Kulturkampfgesetzen	Nach den Kulturkampfgesetzen
Schulaufsicht	durch die Kirche	durch den Staat
Ausbildung und Einstellung von Geistlichen	durch die Kirche (Theologische Hochschulen, kirchliches Examen)	Ausbildung an staatlichen Universitäten; bei der Einstellung von Pfarrern hat der Staat ein Mitspracherecht
Eheschließung	in der Kirche	auf dem Standesamt (Zivilehe)

Zusatzaufgabe:

Grundgesetzartikel, die etwas über die Religionsausübung aussagen:

➤ Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

➤ Artikel 7

- (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
 - (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
- ➔ Das heißt: Es gibt Religionsunterricht und die Religionsgemeinschaften dürfen bestimmen, was gelernt wird. Aber das darf den Grundsätzen des Staates nicht widersprechen.